

der Genossen Abgeordneten nur ungenügend Einfluß nehmen. Das hat wiederum seinen Grund vor allem darin, daß die Kreisleitung die Anleitung der örtlichen Parteileitungen bisher sträflich vernachlässigt hat und sich auch nicht genügend darauf konzentrierte, die Parteigruppen in den örtlichen Volksvertretungen zu befähigen, ihre führende Rolle zu verwirklichen.

Die 2. Sekretärin, Genossin Jeschke, schildert dann, wie die Kreisleitung bisher die Ortsparteileitungen anleitet: Beratungen in den MT S-Ber eichen, Kreisparteitagsungen usw. Dabei wurden ganz richtig die Ortsparteileitungen vor allem auf die Stärkung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft und auf die allgemeine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion orientiert. Was aber die Arbeit der Genossen in den Gemeindevertretungen betraf, so hielt man eine enge Verbindung der Ortsparteileitungen mit den Bürgermeistern für ausreichend. Auf die Arbeit der Parteigruppen sind die Genossen nicht hingewiesen worden. Die Kreisleitung kannte nicht einmal deren Sekretäre. Erst im Juni dieses Jahres organisierte die Kreisleitung erstmalig einen Erfahrungsaustausch mit den Sekretären der Parteigruppen.

Genossin Jeschke schreibt dazu:

Wir hatten also die Parteigruppen isoliert, und es entstand der Eindruck, daß alles, was der Bürgermeister sagt, schon richtig ist, denn ihn hatte ja die Partei informiert und mit ihm alles besprochen und beraten. Also, so schlußfolgerte man, braucht sich ja die Parteigruppe nicht mehr gründlich mit den Fragen zu beschäftigen, und in der Gemeindevertretung braucht nur noch die Mehrheit zu beschließen. Die Folge war eine gewisse Erstarrung sowie Führung und Bevormundung der Gemeindevertretung durch den Bürgermeister und den Staatsapparat.

In der Stadtverwaltung Greifswald sah das in der Praxis dann so aus: Der Vorsitzende berief die Stadtverordneten zur Sitzung und legte die Tagesordnung fest. Die Vorsitzenden der Kommissionen erhielten die Beschlußvorlagen. Diese gaben sie, wenn es möglich war, noch kurz vor der Sitzung den Mitgliedern der Kommissionen bekannt. Den Volksvertretern war es so fast unmöglich, sich vorher eigene Kenntnisse über das zu verschaffen, was in der Sitzung beraten und beschlossen werden sollte. Auch die Parteigruppe der Stadtvertretung trat erst kurz vor der Sitzung zusammen. Nur der Sekretär kannte den Inhalt der Vorlagen. Wenn dabei seiner Meinung nach etwas nicht in Ordnung war, trug er dies vor, und der Fall wurde geklärt. Ein Sprecher wurde bestimmt, und dann ging man in die Sitzung. Den Vertretern der anderen Parteien erging es ähnlich. Im Plenum gab es dann kaum eine Diskussion. Meist ging es nur um Satzumstellungen oder Kleinigkeiten.

Mit diesem Zustand war niemand zufrieden. Die Bevölkerung blieb den Sitzungen der Volksvertretung fern. Trotzdem war bei allen Abgeordneten der Wille vorhanden, mitzuarbeiten. Das zeigte sich in der Tätigkeit der Kommissionen, in denen es ernste Beratungen gab.

Nach der 3. Parteikonferenz beschloß das Büro der Kreisleitung, ein Beispiel dafür zu schaffen, wie eine Änderung in der Arbeit der Volksvertretungen erreicht werden kann. Eine Brigade der Kreisleitung unter Leitung des Ersten Sekretärs beschäftigte sich mit der Arbeit der Stadtvertretung Greifswald und ihrer Parteigruppe. Auf der Grundlage des Berichts der Brigade und der daraus gezogenen Schlußfolgerungen wurde beschlossen, durch die Mitglieder der Partei-